

die Verunsicherung zum Schaden aller, das heisst, auch der seriösen Anbieter und Reiseveranstalter.

Nun hat die Tourismusbranche mit einem Umsatz von mehreren Milliarden Franken nicht nur an finanziellem Gewicht zugelegt, sondern sie ist generell von grosser volkswirtschaftlicher, ja sogar volksgesundheitlicher Bedeutung. Hektik und Stress der heutigen Arbeitswelt rufen zwingend dem entsprechenden Ausgleich durch Freizeit und Erholung, u. a. auch mittels anregender Ferienreisen und -aufenthalte.

Diese unbestrittene Erkenntnis führt uns zur Einsicht, dass der Tourismusbereich nicht mehr länger allein dem «Wildwest» des Marktes und die Kunden der Willkür beziehungsweise ihrem Schicksal überlassen werden dürfen. Mängel in der Erfüllung von Reiseveranstaltungsverträgen haben nämlich oft nicht nur leichte gesundheitliche Verstimmungen oder eine mittlere bis grössere Unzufriedenheit zur Folge. Die Skala der Nachwirkungen eines missglückten Urlaubs reicht durchaus bis zur ernststen finanziellen, psychischen und physischen Beeinträchtigung des oder der Geschädigten. Da hört für uns der Spass auf!

Solche Vorkommnisse führen ja nicht selten auch zu krankheits- und unfallbedingten Absenzen oder verminderter Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz, was schliesslich auch die Arbeitgeberseite nicht gleichgültig lassen sollte.

Der Erholungszweck von Reisen und Ferien ist selbstredend nur dann erfüllt, wenn Reiseprospekt und Wirklichkeit übereinstimmen, was leider vielfach nur bedingt oder gar nicht zutrifft. Was not tut, sind lediglich einige wenige gesetzliche Regelungen, die allein schon durch ihre Existenz gewissermassen präventiv die grössten Missstände verhindern könnten. Die nötigen Vorarbeiten wurden auf Veranlassung des Bundesrates mit dem Gutachten Tercier ja bereits geleistet. Das reichlich antiquierte Bundesgesetz über den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen aus dem Jahre 1888 vermag schliesslich den steten Wandel auf dem Touristiksektor – gegen hundert Neueröffnungen pro Jahr bei einem Total von etwa 1500 Reisebüros – in keiner Weise mehr zu fassen. Mittels kleingedruckten Allgemeinen Geschäftsbedingungen und salbungsvollen Beschönigungen bis hin zu klar falschen Versprechungen werden Kunden angelockt, geködert, hinters Licht geführt, und mittels Gummiparagrafen und Vermittlerklauseln werden zugleich noch alle Risiken einseitig auf sie überwältigt. Die gesetzliche Handhabe für Schadenersatz kann meines Erachtens nicht alleiniges Motiv für die Schaffung eines Touristenrechtes sein. Vielmehr gilt es, das Risiko des Kunden schon im voraus durch geeignete einfache Vorkehrungen, u. a. eben durch eine Bewilligungspflicht, zu vermindern. Vorbeugen ist auch hier besser und billiger als heilen. Auch Professor Tercier kam deshalb als bundesrätlicher Gutachter zum Schluss, dass sich eine rechtliche Regelung tatsächlich aufdrängt.

Die Kommissionsminderheit ist ziemlich befremdet über die Art und Weise, wie die Kommissionsmehrheit die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung bestreitet. Ihre Begründung ist wortreich, aber wenig überzeugend. Die Bagatellisierung von Beschwerdezahlen und Streitwertsummen ist nicht angängig, da es heute die meisten unzufriedenen Kunden mangels gesetzlicher Grundlage vorziehen, auf ohnehin aussichtslos scheinende Klagen zu verzichten. Zudem geht es ja einmal mehr nicht darum, den weit überwiegend seriös arbeitenden Mitgliedern des Schweizerischen Reisebüro-Verbandes (SRV) die Flügel zu stutzen, sondern gewissen Bauernfängern das Handwerk zu legen. Die gewiss anerkanntswerten Bemühungen des SRV um die Ausarbeitung von etwas kundenfreundlicher formulierten allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie dessen Schlichtungstätigkeit bleiben nämlich Stückwerk angesichts der hohen Fluktuationsrate bei den Anbietern dieser Branche.

Wenn die Kommissionsmehrheit schon der Meinung ist, dass die Bemühungen um eine gesetzliche Lösung fortgesetzt werden sollten, so verliert sie meines Erachtens ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie sich schliesslich bloss zu einem äusserst schwammig abgefassten Postulat bereithalten konnte.

Die Kommissionsminderheit anerkennt zwar nach der eingehenden Aussprache in der vorberatenden Kommission durch-

aus die Problematik, diese Materie als parlamentarische Initiative zu behandeln. Sie hält aber, bestätigt durch die jüngste Entwicklung, am Ziel der Schaffung eines Touristenrechtes fest und will daher dem Bundesrat in Form ihrer Motion eine entsprechend klare Vorgabe erteilen.

Mit der Schaffung der EG-Richtlinie über Pauschalreisen vom 13. Juni 1990 hat sich die Lage grundlegend verändert. Die Angleichung der schweizerischen Rechtsnormen an die EG kann – seien wir realistisch – doch nicht nur «gegebenenfalls» erfolgen. Sie ist auf diesem Nebenkriegsschauplatz – verzeihen Sie den martialischen Ausdruck – zwingend. Laut Biga wäre dies auch bei einem EWR-Vertrag der Fall. Wir sind dies schliesslich – das sieht ja neuerdings auch der Schweizerische Reisebüro-Verband ein – unserem guten Ruf eines weltweit zur Spitzengruppe zählenden Reiselandes schuldig, das es sich schlicht nicht leisten kann, unlautere Geschäftspraktiken im Tourismus durch gesetzgeberische Untätigkeit zu schützen.

Ich bitte Sie deshalb sowohl im Namen der Kommissionsminderheit als auch im Namen der SP-Fraktion, der Motion der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit (keine Folge geben)	77 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (Folge geben)	40 Stimmen

Postulat der Kommission

Postulat de la commission

Ueberwiesen – Transmis

Motion der Kommissionsminderheit

Motion de la minorité de la commission

Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung der Motion	36 Stimmen
Dagegen	82 Stimmen

90.033

Getreidelager in Brig. Sanierung

Silo à blé de Brigue. Réfection

Botschaft und Beschlussentwurf vom 9. Mai 1990 (BBI II 867)
Message et projet d'arrêté du 9 mai 1990 (FF II 810)

Beschluss des Ständerates vom 17. September 1990
Décision du Conseil des Etats du 17 septembre 1990

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Herr **Euler** unterbreitet im Namen der erweiterten Bautengruppe des Nationalrates den folgenden schriftlichen Bericht:

In Anwendung von Artikel 22 Absatz 2 und Artikel 68 Absatz 2 des Geschäftsreglementes des Nationalrates vom 22. Juni 1990 unterbreiten wir Ihnen Bericht und Antrag der erweiterten Bautengruppe betreffend Ueberprüfung der Botschaft 90.033 vom 9. Mai 1990 und Entwurf zu einem Bundesbeschluss über einen Objektkredit von 10 210 000 Franken für die Sanierung der Getreidelager der Eidgenössischen Getreideverwaltung in Brig.

Der Bund ist gesetzlich verpflichtet, mit dezentraler Lagerung ungefähr einen Jahresbedarf an Getreide (460 000 t) für die menschliche Ernährung auch in Zeiten gestörter Zufuhr sicherzustellen; 130 000 t hiervon sind in bundeseigenen oder zugemieteten Silos selbst zu lagern, während 330 000 t durch

die Müller und Getreidehändler auf ihre Kosten zu lagern sind. Diese Lagerhaltungspolitik steht vorliegendenfalls nicht zur Diskussion. Sie basiert auf dem Bundesgesetz vom 20. März 1959 über die Brotgetreideversorgung des Landes. Das Konzept der Lagerhaltung und -bewirtschaftung wurde im Rahmen des Projekts Effi-QM-BV der Firma McKinsey durchleuchtet und als zweckmässig befunden. Der Bundesrat hat deshalb entschieden, die sieben bundeseigenen Silos (Aldorf, Brig, Brunnen, Düringen, Frutigen, Huttwil und Renens) beizubehalten, die Arbeiten jedoch vermehrt durch Dritte ausführen zu lassen. Die vom Bund direkt betriebenen drei Silos (Brunnen, Huttwil, Renens) sollen zu Dauerlagern werden.

Das Getreidelager Brig befindet sich auf dem Bahnhofareal in Brig und wird durch die Lagerhausverwaltung der SBB betrieben, die den ganzen Gebäudekomplex gemietet haben; der Betrieb des Getreidelagers ist in die SBB-Lagerhausverwaltung integriert. Der Jahresbedarf an Getreide liegt für den Kanton Wallis bei 12 000 t; in Brig lagern indessen rund 17 000 t, was sich mit der strategisch günstigen Lage des Lagers erklärt, das auch Funktionen für andere Regionen übernimmt. Aus boden- und regionalpolitischen Erwägungen wurde von den Gutachtern auch für die Zeit nach der Sanierung der bestehenden Betriebsform gegenüber etwa einer Privatisierung eindeutig der Vorzug gegeben. Die Kommission liess sich von der Richtigkeit dieser Ueberlegungen überzeugen.

Der Gebäudekomplex in Brig umfasst ein Hochhaus und zwei Lagerhallen aus den Jahren 1940 bis 1946. Seit deren Erstellung wurden – leider – lediglich kleinere Unterhaltsarbeiten vorgenommen. Mit der Inangriffnahme der Projektierung im Jahre 1983 stellte man fest, dass einer Gesamtsanierung gegenüber etappenweisen Unterhaltsarbeiten nicht nur aus betrieblichen, sondern vor allem aus Kostengründen der Vorzug zu geben sei. Neben einer Gesamtsanierung wurden weitere grundsätzliche Alternativen geprüft, die in der Botschaft unter Ziffer 24 dargestellt sind. Sie alle wurden aus den dort angeführten Gründen verworfen. Geprüft wurden ausserdem (gewissermassen als Variante 6) zwei weitere Möglichkeiten, nämlich der Verkauf des gesamten Lagerkomplexes oder der Verkauf des nicht für die Getreidelagerung benötigten Hochhauses. Auszugehen war dabei von der versorgungspolitischen Notwendigkeit eines Getreidelagers im Kanton Wallis und von der betriebswirtschaftlichen Abhängigkeit von einem direkten Geleiseanschluss.

Die Ueberprüfung der Verkaufsmöglichkeiten ergab folgendes Resultat:

a. Es wurde ein Käufer gesucht, der bereit wäre, den Gesamtkomplex zu kaufen, zu sanieren und die Getreidelagerung weiterzuführen. Infolge der fehlenden und aufgrund der lokalen Rahmenplanung auch künftig nicht realisierbaren Erschliessung über die Strasse (schmale Zufahrt durch Brig und das Bahnhofareal) kam von vornherein nur ein Käufer in Frage, der die Lager zur Hauptsache per Bahn alimentieren kann. Sowohl die SBB als auch die LUZAG (Lagerhaus-, Umschlags- und Zollfreilager AG, ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen mit Beteiligung der SBB, der Gemeinde Brig-Glis sowie der Spediteure der Region) lehnten einen Kauf ab. Das Desinteresse wurde damit begründet, dass die spezielle Verwendung des Komplexes als Getreidelager einen in dieser Branche tätigen Eigentümer voraussetze, sowie mit den fehlenden Mitteln infolge anderer prioritärer Investitionsvorhaben.

b. Ein Verkauf des nicht für die Getreidelagerung benötigten Hochhauses im heutigen, unsanierten Zustand ist nicht durchführbar. Eine betriebliche Abgrenzung der als Gesamtanlage konzipierten Teile voneinander wäre äusserst kompliziert:

– Zufahrt und Anlieferung in das Untergeschoss des Lagers D2 (Stückgutlager, südöstlich des Hochhauses) sind nur durch das Hochhaus möglich.

– Die technischen Räume, Nebenräume und Einrichtungen für den Betrieb der Lagerhallen D2 und C befinden sich heute im Hochhaus und müssten transferiert werden, was allein rund 800 000 Franken kosten würde.

Zudem sind Landanteil und Umschwung ungenügend, weil das Gebäude am Rand der Parzelle steht.

Eine informelle Umfrage bei verschiedenen Immobilienfirmen hat aus diesen Gründen zu negativen Ergebnissen geführt.

Die SBB haben Interesse nur an der Miete des Gesamtkomplexes. Bei einem Teilverkauf müssten die Getreidelager wieder durch die Eidgenössische Getreideverwaltung selbst betrieben werden, was dem vom Bundesrat gestützt auf das Gutachten Effi-QM-BV beschlossenen, wirtschaftlich günstigen Konzept zuwiderlaufen würde.

Bei dieser Sachlage kam die Kommission zum Schluss, sowohl die in Ziffer 24 der Botschaft aufgelisteten Alternativen als auch diejenigen eines gesamten oder teilweisen Verkaufs seien abzulehnen.

Die Kommission hat sich auch mit den Aspekten des Heimatschutzes auseinandergesetzt (Botschaft Ziff. 13). Sie hatte Gelegenheit, vom Inhalt der diesbezüglichen Gutachten des Bundes und des Kantons Wallis Kenntnis zu nehmen, in denen auf den kulturhistorischen Wert der Anlage als Zeuge aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und des seinerzeitigen Umbruchs auf konstruktivem Gebiet aufmerksam gemacht wird. Innerhalb der Kommission wurden zwar vereinzelt Zweifel an der Denkmalschutzwürdigkeit der Anlage geäussert, andererseits aber mehrheitlich die Einmaligkeit des Komplexes mit seinen interessanten Konstruktionselementen hervorgehoben. Lagerhallen und Turm bilden eine historisch, politisch und baugeschichtlich höchst interessante Baugruppe. Zu Recht habe der Denkmalschutz die alten Industriebauten «entdeckt», die früher als unschöne Erscheinungen der Arbeitswelt empfunden worden seien.

Die Sanierungskosten erscheinen zwar von der Gesamtsumme her nicht unbedeutend, sind aber als angemessen zu beurteilen. Die Vorbereitungsarbeiten mit 816 000 Franken erstaunen auf den ersten Blick, sind aber in Anbetracht ihrer Aufteilung auf Magazine, Gleisüberdeckung und Hochhaus gut begründbar. Dagegen ist der Posten «Unvorhergesehenes» mit 833 000 Franken (8,3 Prozent der Gesamtsumme) eher zurückhaltend beziffert. Erfahrungsgemäss können bei Umbau-Projekten noch Zusatzkosten anfallen. Die Eigenwirtschaftlichkeit des Lagers darf nach durchgeführter Sanierung als ausgewiesen erachtet werden. Die neuen Mietpreise sind mit den SBB noch nicht definitiv ausgehandelt.

Anlässlich der Besichtigung der Anlagen in Brig und an der anschliessenden Sitzung hat die Kommission auf sämtliche Fragen die gewünschten Auskünfte durch die Verwaltung erhalten.

M. Euler présente au nom du Groupe des constructions élargi du Conseil national le rapport écrit suivant:

En application des articles 22, 2e alinéa, et 68, 2e alinéa, du Règlement du Conseil national du 22 juin 1990, nous vous soumettons le rapport et la proposition du Groupe des constructions élargi, consécutifs à l'examen du message 90.033 du 9 mai 1990 et du projet d'arrêté fédéral demandant l'octroi d'un crédit d'ouvrage de 10 210 000 de francs pour la réfection du silo à blé de l'Administration fédérale des blés à Brigue.

La Confédération a, de par la loi, l'obligation d'entretenir des réserves de blé permettant de couvrir les besoins du pays en période d'approvisionnement perturbé; elle doit ensiler ou faire ensiler de manière décentralisée la quantité équivalant aux besoins d'une année, soit 460 000 tonnes; elle en stocke 130 000 tonnes dans des silos qui lui appartiennent ou qu'elle loue, le reste étant l'affaire des meuniers et des négociants en grains qui le stockent à leurs frais. Cette politique de stockage, qui se fonde sur la loi du 20 mars 1959 sur le blé et qui a été jugée efficace par la firme McKinsey qui l'a étudiée dans le cadre du projet EFFI-QM-AF, n'est pas mise en cause. Aussi le Conseil fédéral a-t-il décidé de maintenir les sept silos qui sont les siens (à Aldorf, Brigue, Brunnen, Guin, Frutigen, Huttwil et Renens) tout en confiant de plus en plus de travaux à des tiers. Il a aussi décidé de faire des trois silos administrés par l'Administration fédérale des blés, soit ceux de Brunnen, de Huttwil et de Renens, des lieux de stockage permanents.

Le silo à blé de Brigue, lui, se trouve sur l'aire de la gare de cette localité où il est exploité par l'Administration des entrepôts des CFF, qui a loué tout le complexe. Le Valais a besoin d'environ 12 000 tonnes de blé par an. Or, le silo de Brigue en stocke aujourd'hui environ 17 000, c'est dire qu'il assure l'ap-

provisionnement d'autres régions, situé qu'il est à la croisée de voies de communication stratégiques. Pour des raisons de politique financière et de politique régionale, les experts de McKinsey ont préféré le statu quo à la privatisation pour l'époque qui suivra la réfection. La commission est convaincue que cette façon de voir est la bonne.

Le complexe de Brigue comprend une tour et deux halles de stockage qui ont été construites dans les années 1940 à 1946. Malheureusement, n'ont été effectués depuis que des travaux d'entretien mineurs. Lorsqu'on a commencé de s'occuper du projet en 1983, on s'est vite rendu compte qu'il valait mieux procéder à une réfection totale plutôt que de restaurer petit à petit parce que cela gênerait moins la bonne marche de l'installation mais aussi parce qu'il en coûterait moins cher. D'autres variantes, tout aussi radicales, ont été étudiées (vous les trouverez mentionnées au chiffre 24 du message), mais aucune n'a été retenue (les raisons sont mentionnées au même endroit). S'y sont adjointes deux autres possibilités (en quelque sorte une variante 6!), à savoir la vente du complexe ou la vente de la tour seule, laquelle ne sert pas au stockage. Il fallait en outre, lors de l'examen, tenir compte de deux impératifs: d'une part, maintenir un silo à blé dans le canton du Valais, pour des raisons d'approvisionnement évidentes; d'autre part, disposer d'un raccordement ferroviaire indispensable à la bonne marche d'une installation de ce genre. L'examen des possibilités de vente a donné les résultats suivants:

a) On a cherché un acheteur disposé à acquérir l'ensemble du complexe, à le rénover et à continuer à stocker le blé. Vu l'étroitesse actuelle et future de la route qui traverse Brigue et l'aire de la gare, ne pouvait entrer en ligne de compte qu'un acheteur utilisant principalement le rail pour alimenter le silo. Les CFF comme la LUZAG (Lagerhaus-, Umschlags- und Zollfreilager AG), entreprise mixte à laquelle participent les CFF, la commune de Brigue-Glis et diverses maisons d'expédition de la région, ont décliné l'offre, faisant valoir que le propriétaire du complexe devait être quelqu'un du métier, vu l'utilisation spécifique qui est faite de l'installation, et arguant qu'ils n'avaient plus les moyens, étant donné les investissements prioritaires déjà prévus.

b) Il est impossible de vendre, dans l'état où elle se trouve, la tour ne servant pas au stockage du blé. Il est, au demeurant, extrêmement compliqué de la dissocier du reste conçu comme un tout,

– car il faut obligatoirement passer par elle pour accéder au sous-sol de la halle d'entrepôt D2 située au sud-est;

– car c'est en son sein que l'on trouve les installations techniques nécessaires au fonctionnement des halles d'entrepôt D2 et C. S'il fallait les déplacer, il en coûterait, rien que pour cela, dans les 800 000 de francs.

S'y ajoute le fait qu'il y a trop peu de terrain autour, le bâtiment se trouvant à la limite de la parcelle.

Ces raisons expliquent pourquoi une enquête informelle menée auprès de plusieurs agences immobilières n'a donné aucun résultat. Les CFF sont intéressés par la location du complexe et uniquement par elle. En cas de vente d'une partie des bâtiments, l'Administration fédérale des blés serait de nouveau obligée d'exploiter elle-même le silo, ce qui est contraire au schéma, financièrement intéressant, adopté par le Conseil fédéral sur la base du rapport d'experts du groupe EFFI-QM-AF.

Dans ces conditions, notre commission est arrivée à la conclusion qu'il fallait écarter les variantes énoncées au chiffre 24 du message, tout comme il fallait écarter celles de la vente globale et de la vente partielle.

Notre commission s'est encore intéressée à l'aspect de la protection du patrimoine culturel (chiffre 13 du message). Elle a pris connaissance des rapports d'expertise établis par la Confédération et par le canton du Valais, rapports qui soulignent le caractère historico-culturel de bâtiments qui sont des témoins de l'époque de la Seconde Guerre mondiale, autrement dit d'une époque charnière dans le domaine de la construction. Certains commissaires ont émis quelques doutes sur le fait que ces installations puissent être classées monuments historiques, mais la majorité d'entre eux a relevé qu'il s'agissait là d'une construction unique en son genre, qui comprend

des éléments d'un rare intérêt, que la tour et les halles d'entrepôt forment un ensemble extrêmement cohérent au point de vue architectural, enfin que les protecteurs du patrimoine national avaient bien fait d'englober dans celui-ci les constructions industrielles du passé, souvent ressenties naguère comme de laides apparitions du monde du travail.

Le coût total des travaux de réfection n'est certes pas mince, mais il nous semble être adapté à la situation. Devisé à 816 000 francs, le montant des travaux préparatoires choque de prime abord, mais il est parfaitement plausible, vu les endroits où il sera réparti (magasins d'entrepôt, couverture des voies de chemin de fer, tour). A l'inverse, le montant de la rubrique «imprévus», soit 833 000 francs, c'est-à-dire 8,3 pour cent du total, nous semble être en-deça de la réalité, car on sait que les travaux de rénovation peuvent entraîner des dépenses supplémentaires après-coup. Par ailleurs, on peut considérer que, une fois terminés les travaux de réfection, la rentabilité du silo sera assurée. Les montants des nouveaux baux n'ont pas encore été négociés avec les CFF.

Lors de la visite à Brigue des installations, de même que lors de la réunion qui a suivi, les membres de la commission ont obtenu des fonctionnaires de l'administration tous les renseignements qu'ils ont voulus.

Antrag der Kommission

Die erweiterte Bautengruppe beantragt einstimmig und ohne Enthaltung, es sei auf den Bundesbeschluss über die Sanierung der Getreidelager in Brig einzutreten und dafür ein Objektkredit von 10 210 000 Franken zu bewilligen.

Proposition de la commission

Le Groupe des constructions élargi vous propose donc à l'unanimité, sans abstention, d'entrer en matière sur le projet d'arrêté fédéral relatif à la réfection du silo à blé de Brigue et d'accorder un crédit d'ouvrage d'un montant de 10 210 000 francs.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles.

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

128 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Getreidelager in Brig. Sanierung

Silo à blé de Brigue. Réfection

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.033
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.03.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	240-242
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 645

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.